Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9348**

14. Wahlperiode 11. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Seehofer, Peter Rauen, Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/8041 –

Bündnis für Arbeit gescheitert – Reformen endlich umsetzen

A. Problem

Nach drei Jahren und mehreren Gesprächsrunden des „Bündnisses für Arbeit“ müsse festgestellt werden, dass für die Arbeitslosen nichts herausgekommen sei. Im Gegenteil: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt habe sich zuletzt deutlich verschlechtert. Damit werde die Bundesregierung das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt auf unter 3,5 Millionen zu drücken, weit verfehlen. Der Deutsche Bundestag soll daher die Bundesregierung auffordern, die „Politik der ruhigen Hand“ zu beenden und überfällige Reformen gegen die unzumutbar hohe Arbeitslosigkeit umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/8041 abzulehnen.

Berlin, den 11. Juni 2002

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Doris Barnett	**Heinz Schemken**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Heinz Schemken

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf Drucksache 14/8041 ist in der 221. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Februar 2002 an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen worden.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 144. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 132. Sitzung am 5. Juni 2002 beraten und abgeschlossen. Im Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 14/8041

Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, die „Politik der ruhigen Hand“ zu beenden und überfällige Reformen gegen die unzumutbar hohe Arbeitslosigkeit umzusetzen. Beim Bündnis für Arbeit müsse endlich alles auf den Tisch, was zu mehr Beschäftigung führe.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 14/8041 verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Einig war sich der Ausschuss über die Notwendigkeit des Abbaus der hohen Arbeitslosigkeit. Über die Wege dazu gingen die Meinungen auseinander.

Die Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** wiesen darauf hin, dass durch das von den Koalitionsfraktionen geschaffene Klima auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit gestiegen sei. Das Wachstum der Wirtschaft sei aufgrund fehlerhafter Weichenstellungen zu schwach. Besonders in den neuen Ländern sei die Lage dramatisch; das Gefälle zwischen Ost und West nehme weiter zu. Es seien grundlegende Kurskorrekturen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

Die Mitglieder der **Fraktion der SPD** bezeichneten den Titel des Antrags als unzutreffend: Er sollte eher lauten: „Bündnis für Arbeit wiederbelebt, Reformstau überwunden.“ Die dem Antrag zugrunde liegende Analyse träfe nicht zu. Die CDU/CSU sei nicht bereit, statistische Wahrheiten zu verarbeiten: So habe es z. B. bei Älteren eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit gegeben. Einen Zusammenhang zwischen arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen und der Arbeitslosigkeit gebe es nicht.

Auch die Mitglieder der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** empfanden es als ärgerlich, dass die CDU/CSU bestimmte statistische Wahrheiten nicht zur Kenntnis nehmen wolle. Die Arbeitslosigkeit sei gesenkt worden. Richtig sei es, durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik Wachstumsimpulse zu schaffen: Rot-Grün habe in den letzten Jahren die entsprechenden Rahmenbedingungen verbessert.

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, dass die wirtschaftliche Lage beim Mittelstand in Folge vierjähriger rot-grüner Politik schlecht sei. Es seien bis zu 40 000 Insolvenzen in diesem Jahr zu erwarten. Von den großartig angekündigten Zielen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik sei keines erreicht worden. Der Antrag der Union enthalte vernünftige Vorschläge, die jedoch zum einen nicht konsequent und weitgehend genug seien und auch zu unbestimmt und vage. Daher wolle sich die FDP enthalten.

Die Mitglieder der **Fraktion der PDS** erklärten, das Bündnis für Arbeit sei tatsächlich gescheitert. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU ginge jedoch an den strukturellen Problemen vorbei und würde daher abgelehnt.

Die strukturellen Probleme könnten nur mit einer Politik für mehr Beschäftigung und einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gelöst werden.

Berlin, den 11. Juni 2002

Heinz Schemken
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333